

Tagesordnung I Punkt 17 der öffentlichen Sitzung am 13. November 2012

Vorlagen-Nr. 12-F-08-0122

**Planungen für einen Neubau der Mainbrücke für Sondertransporte und Schwerstverkehr
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 7.11.2012 -**

Der Tagespresse war Anfang des Monats zu entnehmen, dass das Land Hessen einen Neubau der Mainbrücke zwischen Mainz-Kostheim und Gustavsburg plant, die im Unterschied zur vorhandenen für Sondertransporte und Schwerstverkehr geeignet sein soll. Mainz-Kostheim ist bereits durch motorisierten Durchgangsverkehr belastet. Ein Verkehrskonzept zur Entlastung wurde seitens des Stadtplanungsdezernats immer wieder in Aussicht gestellt, aber nicht realisiert.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge

- umgehend bei der Landesregierung dagegen intervenieren, dass durch einen Neubau der Mainbrücke zwischen Mainz-Kostheim die Verkehrsbelastung für den Stadtteil erhöht wird,
- sich dafür einsetzen, dass eine Brückensanierung dazu genutzt wird, die Verkehrsbelastung von Mainz-Kostheim zu senken,
- prüfen, mit welchen Maßnahmen der Verkehr auf der Mainbrücke möglichst auf öffentliche Verkehrsmittel sowie Fußgänger/innen und Radfahrer/innen beschränkt werden kann,
- mit der Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg Kontakt aufnehmen, um gemeinsam gegen eine Erhöhung der Verkehrsbelastung Widerstand zu entwickeln,
- prüfen und darlegen, mit welchen - auch rechtlichen - Möglichkeiten die Landeshauptstadt Wiesbaden in dieser Sache Schaden von der Bevölkerung abwenden kann,
- gewährleisten, dass die Bevölkerung frühzeitig über die Planungen umfassend informiert wird und
- dem Bauausschuss möglichst kurzfristig die bereits vorhandenen Planungen vorstellen.

Beschluss Nr. 0270

Der Antrag wird abgelehnt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2012

Kessler
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2012

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2012

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister